

Stadtrat Eisenach
Fraktion DIE LINKE

25.09.13

**Änderungsantrag zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, BfE und CDU
„Sicherung des notwendigen Eigenanteils der Stadt für die Baumaßnahme ‚Neubau
Busbahnhof‘“**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt neu gefasst:

Die Oberbürgermeisterin und der Bürgermeister werden beauftragt, gegenüber dem Land auch weiterhin deutlich zu machen, welchen Stellenwert der Zentrale Omnibusbahnhof für die Weiterentwicklung der Stadt Eisenach hat und deshalb zwingend die erforderlichen Finanzmittel (städtische Eigenanteile) zur Fortführung des Projektes durch das Land sicher gestellt werden müssen.

Begründung:

Der Antrag von SPD, BfE und CDU ist in sich widersprüchlich.

Den Stadtratsfraktionen ist im Haupt- und Finanzausschuss bekannt gegeben worden, dass die finanzielle Situation der Stadt Eisenach angespannt bleibt. Aufgrund der nicht planbaren Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer werden allein im Jahr 2013 rd. 3 Mio. Euro nicht zur Verfügung stehen. Es ist davon auszugehen, dass der Fehlbetrag deutlich erhöht wird. Damit müssen in den Folgejahren höhere Beiträge zur Finanzierung der Altfehlbeträge aus den Vorjahren und dem Jahr 2013 erbracht werden.

Auch für 2014 wurde darüber informiert, dass ein Haushalt derzeit unwahrscheinlich ist. Sollte ein ausgeglichener Haushaltsentwurf 2014 vorgelegt werden können, ist erneut davon auszugehen, dass keine städtischen Eigenanteile dargestellt werden können.

Selbst der vollständige Verzicht auf die Straßenbaumaßnahme „Hinter der Georgenkirche“ würde nicht den erforderlichen finanziellen Spielraum bringen, um die städtischen Eigenanteile für den Neubau des Busbahnhofes zu ermöglichen.

Zudem ist derzeit davor zu warnen, die Stadt Eisenach mit der vorsorglichen Bereitstellung von Finanzmitteln zur Nutzung von Förderprogrammen in zusätzliche Gefahren zu bringen. Die Oberbürgermeisterin hat im Haupt- und Finanzausschuss darüber informiert, dass selbst die Landesregierung derzeit davon abgeraten hat, kurzfristig weitere Finanzmittel bereitzustellen, wenn in den nachfolgenden Haushaltsjahren keine Co-Finanzierung gesichert werden kann. In diesem Fall würde Eisenach sehenden Auges in die Gefahr laufen, bereits erhaltene Fördermittel zurückzuzahlen.

Die Stadt Eisenach muss im Moment dafür Sorge tragen, keine weiteren Hürden bei der Bewilligung von Finanzhilfen zum Projekt „Neubau Busbahnhof“ aufzubauen. Die Oberbürgermeisterin und der Bürgermeister brauchen die Gewissheit, dass der Stadtrat in den weiteren Verhandlungen mit dem Land hinter ihnen stehen.

Karin May
Fraktionsvorsitzende